

WohnECK NF gGmbH Marktstr. 6 25813 Husum

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Jan Kürschner
Düsternbrooker Weg 70
24114 Klei

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/7464

WohnECK NF gGmbH
Marktstr. 6
25813 Husum

Ansprechpartner:
Olaf Henschen
Tel: 04841/9811 541

2. Oktober 2026

Drucksache 20/4332

Sehr geehrter Herr Kürschner,

Sie hatten uns gebeten zu der o.g. Drucksache unsere Stellungnahme abzugeben.

Den erstellten Bericht halte ich persönlich für nicht aussagekräftig, da es hier nicht klar definiert ist, was wohnungslos bedeutet. Es wird viel zu sehr auf Unterbringungszahlen geschaut, die nur einen Bruchteil von dem abbilden, was in der Realität passiert.

Unser Projekt arbeitet seit 7 Jahren im Kreis Nordfriesland und hat derzeit ca. 500 Wohnungen angemietet mit mehr als 1.000 Bewohnern. Alleine diese Personen waren entweder wohnungslos, obdachlos oder von Wohnungslosigkeit bedroht. Die Fluktuation in den vergangenen Jahren betrachten wir nicht mit.

Die Vermittlung dieses Personenkreises kann nur funktionieren, in dem wir als Projekt als Generalmieter fungieren und dem Vermieter Sicherheit geben und als Ansprechpartner in Problemfragen fungieren.

Darüber hinaus ist immens wichtig im Netzwerk zu arbeiten, um die verschiedenen Problemlagen dieses Personenkreises in Angriff zu nehmen. Hier muss wohnwirtschaftliche Expertise mit Sozialarbeit Hand in Hand funktionieren, wobei auch wichtig ist, dass Wohnungsmarktakeure in solchen Projekten nicht gleichzeitig die sozialpädagogische Betreuung dieser Personen übernehmen, da es so zu Interessenskonflikten kommt.

Um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen wären Projekte wie unseres immens wichtig, auch um einen besseren Überblick über die versteckte Wohnungslosigkeit zu bekommen. Hier wäre es aus meiner Sicht unerlässlich, eine Gesellschaft auf Landesebene zu installieren.

Gerade auch um die Ziele aus dem Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit im Jahr 2030 zu erreichen, wäre eine Zentralisierung im Land der bessere Weg. Auch wenn das Thema „Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ kommunal aufgehängt ist, sind gerade vor Ort immer wieder Befindlichkeiten zu erkennen, wenn es um diesen Personenkreis geht und genießen daher auch keine Priorität.

Oftmals wird die ordnungsrechtliche Unterbringung als Aufgabe gesehen, aber nichts darüber hinaus.

Aus unserer Sicht sind daher eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, um das Problem Wohnungs-Obdachlosigkeit zu bekämpfen.

- Zentrale Landesinstitution
- Trennung zwischen Pädagogik und Wohnen
- Verpflichtende Wohn- und Baukontingente in Kommunen (Zentralorten) für diesen Personenkreis (Housing First)
- Unterstützung bestehender Projekte, gerade in Bereichen Mietausfall / Schäden, auch auf Landesebene und nicht nur auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Es gibt großartige Förderprojekte in der Bereich Unterstützung von Frauen, aber dieses ist auch erforderlich für das Thema Wohnen von jungen Erwachsenen (bis 25 Jahre) und auch im Migrationsbereich
- Präventivprogramme, schon in Schulen, damit gerade Heranwachsende verstehen, was „Wohnen“ bedeutet
- Schaffung von besseren Übergängen bei Auszug aus stationären Jugendhilfeeinrichtungen ins normale Leben

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Henschen
Geschäftsführer